6. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 211

Donnerstag, 5. Mai 1927

dakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der nationalsozialistische Skandal.

Die gestrigen Gewalttätigkeiten.

nschreiten der Polizei. — 30 Nationalsozialisten sistiert. fahren gegen Goebbels. — Auflösung der Berliner Ortsgruppe beabsichtigt.

schon in einem Teile unserer Morgenausgabe berichtet, hat abend im Kriegervereinshaus der aus dem Rheinlande nach berufene Leiter des Gaues Berlin-Brandenburg der Nationalischen Arbeiterpartei, Dr. Goebbels, eine **wüste Hetzhalten**, in der er insbesondere gegen alle Journalisten, die r das erste Berliner Auftreten Hitlers am 1. Mai kritisch onisch geäußert hatten, zu Gewalttätigkeiten aufgefordert hat. rtreter des „Berliner Lokal-Anzeigers" wurde — durch mit Bierkrügen — verletzt. Der „Berliner Lokalr" hatte in seinem Bericht über die Hitlersche Maiversammne Kritik geübt. Das genügte zu einer brutalen Geat gegen einen Mann, der als Berichterstatter lediglich seine fspflicht erfüllt. Pfarrer **Stucke**, der der evangelischen de des Wedding zugeteilt ist, wurde nach einem Zwischenruf, s auf eine Aufforderung des Goebbels hin, schwer mißelt.

ittelbar nach Ende der Versammlung unternahm die Polizei **Waffensuche bei den anwesenden Teilnehmern**, zu der ntalen Mißhandlungen Anlaß gegeben haben. **Dreißig Nasozialisten sind sistiert worden. Man fand in ihrem zahlreiche Waffen.** So wurden zwölf Schlagringe n, ferner Knüppel, Totschläger, sechs bis acht Dolche, feste Messer und vier Pistolen. Die gegenwärtige polizeiliche Unung erstreckt sich insbesondere darauf, wie weit die Beteiligung stierten an den vorgefallenen schweren Körperverngen festgestellt werden kann. **Die Vorgänge können nicht weitreichende Folgen für die Behandlung der nalsozialistischen Partei in Preußen bleiben. Dasische Ministerium des Innern erwägt, ebenso wie der ner Polizeipräsident, weitere Maßnahmen gegen die nalsozialisten. Es ist voraussichtlich mit der Auf g der Berliner Ortsgruppe und der Sportabteilungen Grund des § 2 des Reichsvereinsgesetzes zu rechnen.** einschreiten der Staatsanwaltschaft steht unmittelbar Es wird auf Grund der Delikte der Aufreizung zum fenhaß und der Körperverletzung wie der Anung zur Körperverletzung aufgebaut sein.

*

ir haben den Wunsch, daß allen Parteien, auch der nalsozialistischen, volle Versammlungsfreiheit gewährt Das ist ihr verfassungsmäßig verbrieftes Recht. lungsfreiheit hat aber mit brutaler, lebensgefährlicher andlung Andersdenkender durch eine Bande von ies nichts zu tun. Hier hilft nur ein Mittel: ein so sichtsloses Einschreiten der Polizei und der en Behörden, daß diesen Herrschaften die Lust vergeht, den Ruf der Reichshauptstadt durch ihre Kaschemmengewohn zu schänden. Eines muß wundernehmen: Warum ist t zunächst der Goebbels hinter Schloß und gel gesteckt worden? Er ist der Hauptschuldige. er, der von dem Handwerk eines wüsten Demagogen lebt, ie unreifen Burschen zu den schweren Mißhandlungen antet. Wir hoffen, die Gegenmaßregeln werden so schnell so gründlich erfolgen, daß eine Wiederholung der gen widerwärtigen Szenen vermieden wird.

Die brutale Mißhandlung des Pfarrers Stucke.

Ein Akt besonderer Brutalität und Gemeinheit war die Mißhandlung des Pfarrers Fritz Stucke. Pfarrer Stucke war über die widerwärtige Hetze des Goebbels besonders empört, der zum Beispiel von dem Führer des Jungdeutschen Ordens Mahraun sagte: „Wir hoffen, daß Mahraun zu der nächsten Versammlung herkommt. Dann Gnade ihm Gott. Vielleicht aber kommt er nicht, dann ist die Gnade Gottes noch mehr mit ihm." Diese und ähnliche Bemerkungen sowie der wiederholte Ausdruck „Judensau" erregten Pfarrer Stucke so, daß er schließlich dem Goebbels, der nichts „Arisches" in seinem Aussehen hat, zurief: „Sie sehen ja auch aus wie ein germanischer Jüngling!" Darauf gab Goebbels seinen Leuten ein Zeichen, und in demselben Augenblick wurde dem Pfarrer ein Bierseidel mit voller Wucht über den Schädel geschlagen. Darauf fiel die ganze Horde mit Biergläsern, Stöcken und schweren Gegenständen über den Pfarrer her der, aufrecht, aber blutüberströmt den Saal verließ. Wie wir hören, ist das Befinden des Pfarrers Stucke den Umständen nach gut. Eine Lebensgefahr besteht nicht mehr.

* * *

Empfang der Stahlhelmführer bei Hindenburg.

„Treuegelöbnis", für wen und für was?

Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet:

Der Herr Reichspräsident empfing heute vom „Stahlhelm", Bund der Frontsoldaten, die beiden Bundesführer Franz Seldte und Oberstleutnant a. D. Duesterberg, den Bundeskanzler Generalmajor a. D. Ezettritz, den Hauptschriftleiter Dr. Brauweiler und den Hauptmann a. D. Ausfeld, welche dem Herrn Reichspräsidenten, als dem Ehrenmitglied des Bundes, das Treugelöbnis und die Grüße der Frontsoldaten, die sich am kommenden Sonnabend und Sonntag in Berlin versammeln werden, überbrachten.

* * *

Seltsame Maßnahmen der Reichsbahn.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Magdeburg, 5. Mai.

Anonyme Anzeigen über angebliche von kommunistischen Gruppen beabsichtigte Brückensprengungen, um den Transport der Stahlhelmleute am kommenden Sonntag nach Berlin zu sprengen, waren Gegenstand einer Beratung der Reichsbahndirektionen Berlin, Magdeburg, Halle, Breslau und Stettin. Das Ergebnis war der Beschluß, den Bahnschutz in Alarmbereitschaft zu setzen. In Magdeburg wurden zwei Bahnschutzpanzerwagen ausgerüstet und fahrbereit gemacht. Die Mannschaften des Bahnschutzes wurden heute vormittag alarmiert. Wie wir dazu erfahren, ist die Alarmierung des Bahnschutzes im Einvernehmen mit den zuständigen staatlichen Verwaltungsbehörden erfolgt. Die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme der Reichsbahn erscheint sehr zweifelhaft. Die Führung des Bahnschutzes liegt in den Händen politisch rechtsstehender Beamter, die Mannschaften sind Mitglieder rechtsstehender Verbände. Die Alarmierung des Bahnschutzes ist eine überflüssige Reklame für den Stahlhelmtag.

Demokraten und Bauernprogramm

Von

Ernst Meincke,

Mitglied des preußischen Landtags.

[Nachdruck verboten.]

Warum stellen wir Demokraten ein Bauernprogramm auf? Das Landvolk verlangt es. Es ist satt, nach den Methoden des Landbundes und der ebenso großgrundbesitzerlich eingestellten christlichen Bauernvereine geführt zu werden, die sich heute „deutsche Bauernvereine" nennen und deren Vorsitzender der bekannte unkonservative Freiherr v. Kerckering zur Borg ist. Das Landvolk sieht, daß es seine Geschicke unabhängig vom Großgrundbesitz selbst in die Hand nehmen muß. Es ringt nach einem neuen, die schaffende bäuerliche und gärtnerische Arbeit fördernden System. Darum haben sich Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, Deutscher Bauernbund und Bayerischer Bauernbund zur Deutschen Bauernschaft zusammengeschlossen. Wir Demokraten stehen diesen Bünden innerlich sehr nahe. Wir sind deswegen in erster Linie befähigt, aber auch als politische Partei im Interesse der Landwirtschaft und des Gesamtvolkes auch verpflichtet, der bedeutsamen neuen Bewegung Weg und Ziel suchen zu helfen.

So ist unser Bauernprogramm entstanden. Unser Programm ist gegen die von jeher überkommene politische Begünstigung und Vorherrschaft des Großgrundbesitzes. Unser Programm ist nicht für Kastenabgeschlossenheit, ist nicht für Trennung von Stadt und Land, sondern für Zusammenarbeit im Gesamtvolk. Es ist gegen die Reaktion und für die Republik. Gegen Unbildung und für Freiheit und Fortbildung. Unser Programm ist also gegen Landbund und christliche Bauernvereine. Es geht mit der Deutschen Bauernschaft. Es will die neue Bauernbewegung vor den Gefahren einer einseitigen Klassen- und Standespartei bewahren und das Landvolk zu lebendiger Mitwirkung im politischen Leben, zur Teilnahme an den Gütern deutscher Kultur und zur gemeinsamen Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen politischen Parteien führen helfen. Nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern um die Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit der Bauern und Gärtner zu heben und dadurch dem Vaterland ein freies, gesundes und starkes Geschlecht erblühen zu lassen. Im Interesse der friedlichen Entwicklung und Erstarkung des deutschen Volkes haben wir unser Agrarprogramm, unser Bauernprogramm geschaffen.

Das demokratische Bauernprogramm ist kein Klassenprogramm. Es ist unser Glaube, daß für die politische und wirtschaftliche Freiheit unseres Volkes eine möglichst zahlreiche, selbständig in Landwirtschaft und Gartenbau tätige, leistungsfähige Bevölkerung von höchster Bedeutung ist. Wir Demokraten denken so, weil wir die Ernährung des deutschen Volkes möglichst aus eigener Erzeugung sicherstellen und uns durch friedliche Arbeit vom Ausland unabhängig machen wollen. Wir wollen die geschichtliche Entwicklung unserer Landwirtschaft vom einseitigen Getreidebau bis zur heutigen mannigfaltigen Acker- und Viehwirtschaft und zum Gartenbau fortbilden. Wir müssen so handeln mit Rücksicht auf die Vermehrung der industriell und geistig tätigen Bevölkerung, die wie der heute nicht nur körperlich, sondern auch geistig schaffende Bauer und Gärtner ein stärkeres Bedürfnis nach dem Genuß bäuerlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, wie Fleisch, Milch, Butter, Gemüse, Obst, Wein usw. hat.

Darum ist unsere Hauptforderung die Stärkung der bäuerlichen und gärtnerischen Arbeit durch Wissen und Können, durch Ausnutzung aller neuen Errungenschaften und Erfahrungen. Wie viel mehr kann zur Pflege der landwirtschaftlichen Wissenschaft und zur Verbreitung ihrer neuen Erkenntnisse und im Interesse ihrer Jünger geschehen? Wie geht es z. B. einer großen Zahl der vielfach fachlich hochgebildeten Landwirtschaftsbeamten, die die Träger des Fortschritts sind und für deren Fortkommen im hohen Alter wenig gesorgt ist?

Unser Programm beschäftigt sich aber auch mit gleichem Nachdruck mit der politisch so bedeutsamen und so umstrittenen Frage der Vermehrung der bäuerlichen und gärtnerischen Betriebe. Es besteht keine Gefahr, daß die Anzahl der Bauern und Gärtner zu groß wird. Das beweisen die großen Einfuhrzahlen für bäuerliche und gärtnerische Produkte. Im Gegenteil, ganz Großes hat noch zu geschehen, bis wiederhergestellt wird, was durch politische Verhältnisse in den letzten Jahrhunderten zerrissen ist. Es wird Jahrzehnte dauern, bis im östlichen Deutschland der natürliche Zusammenhang zwischen Volk und Boden und das natürliche Verhältnis zwischen den verschiedenen Schichten der ländlichen Bevölkerung herbeigeführt und bis die Klein- und Mittelstädte in diesen Gebieten wieder zur Blüte gebracht sein werden.

Nicht die wirtschaftliche Ueberlegenheit und Tüchtigkeit, sondern die politische Uebermacht ist es gewesen, die besonders auch im 19. Jahrhundert die Flächen der großen Güter im östlichen Deutschland ausgedehnt und die großen Pachtherrschaften im westlichen Deutschland geschaffen hat. Durch eine tatkräftige und vernünftige Ausführung des Reichssiedlungsgesetzes wollen wir unter anderem vorerst die Nachteile beseitigen, die aus der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung erwachsen sind. So sind z. B. nach offizieller Darstellung der preußischen Regierung vom Jahre 1865 allein in den sieben östlichen Provinzen 1,6 Millionen Morgen Bauernland seit 1811 in die Großgüter gezogen worden. Und es ist ferner der Besitz der großen Zahl der Kleinstellenbesitzer in diesen Provinzen zum großen Teil in das Eigentum der großen Güter gekommen, und ist so der besitzlose Gutstagelöhner im Osten

Mellons Antwort an England.

Amerika gegen Schuldenherabsetzung.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 5. Mai.

Die Antwort des Schatzsekretärs Mellon auf die britische Note zur Kriegsschuldenfrage wurde gestern abends in Gestalt einer amtlichen Pressekerklärung veröffentlicht. Es handelt sich um ein Communiqué, das vor allem durch die ungewöhnliche Schärfe im Ton auffällt, und das in sachlicher Hinsicht **jede Möglichkeit ausschließt, daß absehbarer Zeit die Frage einer Herabsetzung der alliierten Kriegsschulden durch Amerika in Betracht gezogen werden kann.** Staatssekretär Kellogg ließ fast gleichzeitig mitteilen, daß der Churchills Note nicht zu beantworten gehe, da er den Gegenstand der Auseinandersetzung als eine Angelegenheit betrachte, die zur Zuständigkeit des Schatzamtes gehöre. In anderen Worten, die britische Note wird insoweit, als sie als Modus des diplomatischen Gedankenaustausches in Betracht kommt, ignoriert; ein Verfahren, das die **Spannung, die ohnehin zwischen Washington und London wegen der Meinungsverschiedenheiten über die China-Politik besteht, noch verschärfen dürfte.**

Die Einleitung zu Mellons Erklärung bringt die grundsätzliche Stellung, daß das **„Schatzamt nicht den Wunsch hege, mit der britischen Regierung eine Kontroverse über die alliierten Kriegsschulden aufzunehmen".** Da England jedoch eine offizielle Note zu diesem Gegenstande hier habe überreichen lassen, sei eine Darstellung des Tatbestandes, wie es nach amerikanischer Auffassung sei, erforderlich. Mellons Schreiben an die Universität in Princetown sei, so wird dann weiter mit scharfer persönlicher Spitze gegen Churchill bemerkt, nicht als direkte oder indirekte Mitteilung an die englische Regierung gedacht gewesen — eine Zurückweisung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Die in der britischen Note angeführten Ziffern seien, so beginnt die Polemik, in einem rein technischen und rechnungsmäßigen Sinne verwendet, so beispielsweise mit bezug auf die deutschen Reparationen, bei deren ziffernmäßiger Anführung die Besatzungskosten nicht eingeschlossen seien. Die hauptsächliche Feststellung in Mellons Brief an die Universität ist die, daß **Englands Einkünfte aus Reparationen und Schuldenzahlungen seiner Verbündeten ausreichen, um seinen Verpflichtungen gegenüber Amerika Genüge zu leisten.**

Interessant sind Mellons mehrfache Hinweise auf den Dawes-Plan. Im Gegensatz zu seinen Darlegungen in dem Brief an die Universität in Princetown erklärt er jetzt, Amerika habe „stets den Standpunkt vertreten, und vertritt ihn auch heute, daß **unsere Schuldenforderungen in keiner Weise mit den deutschen Reparationen verknüpft sind".** Beim Abschluß der Schuldenverträge sei darum auch nur geringe Rücksicht auf die deutschen Zahlungen genommen worden. **Worauf es ankomme, sei die Tatsache, daß Amerikas hauptsächliche Schuldner jetzt schon aus Reparations- und Kriegsschulden höhere Einkünfte hätten, als sie zur Tilgung ihrer Schuld an die Vereinigten Staaten brauchten.**